

## ***Bruno-Kreisky-Preis für Verdienste um die Menschenrechte***

Preisträgerinnen und Preisträger:

Radhika Coomaraswamy, UN Special Rapporteur on Violence against Women, Sri Lanka

Menschenrechtszentrum Belgrad (vertreten durch Dimitri Dimitrijević und Vesna Petrović

NGO-Projekt Antidiskriminierungsgesetz (vertreten durch Hannes Trettner und Cornelia Kogol)

Karlheinz Böhm, Gründer der Äthiopienhilfe Menschen für Menschen (vertreten durch seine Frau Almaz Böhm)

16. Oktober 2000

Über 60 Anträge, so erwähnte Franz Vranitzky in seinen Begrüßungsworten, habe die Jury in diesem Jahr bearbeitet, bevor sie sich schließlich für die vier ausgezeichneten Menschenrechts-Initiativen entschieden habe.

Radhika Coomaraswamy, Sonderbeauftragte der Menschenrechtskommission für Gewalt gegen Frauen, betonte in ihrer Dankesrede, dass sie den Preis nicht für sich, sondern für ihre Sache in Empfang nehme. Sie wies darauf hin, dass es in den letzten Jahren gelungen sei, das Thema Gewalt gegen Frauen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und zu enttabuisieren. Immer mehr staatliche und nicht-staatliche Organisationen, so Coomaraswamy, würden dieses Thema als wichtig einstufen und in ihre Arbeit inkorporieren. Mit Freude verwies sie auch darauf, dass sich die Zahl der weiblichen UN-Sonderbeauftragten deutlich erhöht habe.

Gesellschaftspolitisches Engagement gegen Diskriminierung, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit, so Cornelia Kogol vom NGO-Projekt Antidiskriminierungsgesetz, müsse auf mehreren Ebenen ansetzen. Die Formulierung eines österreichischen Antidiskriminierungsgesetzes, an dem die von ihr repräsentierte NGO-Arbeitsgruppe seit dem Menschenrechtsjahr 1998 arbeite, sei dabei nur ein, wenn auch zentraler Aspekt. Ebenso wichtig sei aber das Bemühen, via Medien, Schulen und Verwaltung die Ausbildung einer minderheitengerechten Gesellschaft zu befördern. Nach wie vor hielte der Gesetzgeber an rechtlichen Diskriminierungen fest. Kogol nannte als Beispiel die Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und die strukturelle Benachteiligung auf Grund von Behinderung oder Herkunft. Hannes Trettner vom Boltzmann Institut für Menschenrechte, das der NGO-Arbeitsgruppe seine juristische Kompetenz zur Formulierung eines Antidiskriminierungsgesetzes zur Verfügung gestellt hat, berichtete über den Gesetzesentwurf. Dieser, so Trettner einleitend, befinde sich in Fertigstellung. Er führte aus, dass die europäische Rechtsentwicklung ganz klar durch legislative Maßnahmen gegen Diskriminierung gekennzeichnet sei. Die EU habe mit dem Artikel 13 des EG Vertrages die Rechtsgrundlage geschaffen, Richtlinien zur Bekämpfung von Diskriminierung zu erlassen. Eine Richtlinie über die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf stehe kurz vor der Verabschiedung. Als besonders diskriminierungsanfällige Merkmale definierte Trettner rassische oder ethnische Herkunft, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Alter, Behinderung und sexuelle Orientierung. Zwar müsse ein Antidiskriminierungsgesetz möglichst umfassenden Schutz bieten, man müsse sich aber auch darüber im Klaren sein, dass dieser Schutz mit anderen Grundrechten in Konflikt geraten könne. Als Eckpunkte des Entwurfs nannte Trettner vor allem zivilrechtlichen Schutz vor Diskriminierung bei Rechtsgeschäften und die Beweiserleichterung bei Diskriminierungen. Umgesetzt werden solle das Gesetz vor

allem auf zivilrechtlicher Ebene. Dabei wolle man, so Trettner, vor allem mit den Mitteln und Methoden der außergerichtlichen Konfliktlösung, sprich Mediation, arbeiten.

Almaz Böhm bedankte sich im Namen der Organisation "Menschen für Menschen", die in fünf Regionen Äthiopiens eine Vielzahl von unterschiedlichen Projekten betreibt: Wasserstellen, Brunnen, Baumschulen, Krankenstationen, Kliniken und Krankenhäuser gehören ebenso dazu wie Schulzentren, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Ausbildungsstätten für Landwirte und die dringend benötigten handwerklichen Berufe. Auch Straßen und Brücken werden gebaut, um während der Regenzeit den Zugang zu den Märkten zu sichern. Almaz Böhm, die den Preis für ihren Mann entgegen nahm, las einen Brief Karlheinz Böhms vor, in dem dieser das sozialpolitische Denken Bruno Kreiskys als vorbildhaft hervorhob.

Stellvertretend für das "Belgrader Zentrum für Menschenrechte" verlieh Dimitrijewić seiner Freunde über die politische Wende in Serbien Ausdruck. Seine 1995 gegründete Organisation habe ihren Beitrag zu diesem Umschwung geleistet. Ihre Arbeit gelte aber nicht nur politischen Veränderungen, sondern auch der gründlichen Umgestaltung der deformierten, um viele Jahre zurückgeworfenen serbischen Gesellschaft.

Im Namen der Jury lobte Morten Kjaerum die diesjährigen Preisträger vor allem für ihre Leistung, Menschenrechtsarbeit unter globalen und lokalen Gesichtspunkten zu vernetzen. Das Belgrader Institut für Menschenrechte habe, so Kjaerum, Großes geleistet, die internationale Öffentlichkeit auf Menschenrechtsverletzungen in Serbien aufmerksam zu machen. Radhika Coomaraswamys Arbeit erwähnte er als ein Beispiel für den Erfolg der Vienna Conference des Jahres 1993, die eine entscheidende Wende in der Enttabuisierung von Gewalt gegen Frauen gespielt habe. Die österreichische Antidiskriminierungsgesetz-Arbeitsgruppe, so Kjaerum weiter, führe die erfolgreiche Kooperation von unterschiedlichsten österreichischen NGOs vor Augen und könne anderen europäischen Ländern als Modell im gemeinsamen Kampf gegen Rassismus dienen. Karlheinz Böhms "Menschen für Menschen" hingegen sei, betonte Kjaerum, ein herausragendes Beispiel für die länder-, grenz- und kulturüberschreitende Solidarität zwischen zwei Völkern.

Der EU Sonderbeauftragte Wolfgang Petritsch widmete seine Rede der Kontroverse um Legalität und Legitimität internationaler Interventionen an den Beispielen Bosnien und Kosovo. Einleitend sprach Petritsch von dem bis heute mit negativen Stereotypen belasteten Balkan-Bild des Westens. Er räumte ein, dass die Nationen- und Staatenbildung in der Region das schwierigste Feld europäischer Politik darstelle. Durch die territoriale Neuordnung, so Petritsch, würden zwei widersprüchliche Prinzipien zueinander in Konkurrenz gesetzt: das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die so genannten historischen Rechte. Immer schon im 20. Jahrhundert habe das zu Konflikten um Territorialität und Identität geführt.

Nach seiner Analyse der Situation am Balkan sprach Petritsch von den grundsätzlich neuen Aufgaben, vor die die Vereinten Nationen nach Ende des Kalten Krieges gestellt seien. Die Gefahr globaler militärischer Zerstörung sei, so Petritsch, von ethnisch bestimmten innerstaatlichen Konflikten abgelöst worden. In Bosnien sei die Idee des neutralen peace keeping zwischen den Fronten gescheitert. Der Sicherheitsrat sei nicht bereit gewesen, die für den Erfolg der Intervention nötigen Mittel und die ausreichende politische Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Das habe zu dem Massaker von Srebrenica im Juli 1995 geführt. Die Suche nach dem Frieden in Bosnien habe in der Folge ohne Beteiligung der UNO stattgefunden. Auch im Zuge der Eskalation des Kosovo-Konflikts ab September 1997 sei die UNO abseits gestanden. Die NATO-Einsätze, die, so Petritsch, zweifellos von Verletzungen gültiger Völkerrechtsnormen belastet waren, hätten aber zur wichtigen Diskussion um die Rückbesinnung auf den Wert eines universalen Systems von Sicherheit und Menschenrechtsschutz geführt. Allerdings müsse man sich die Frage stellen, ob die Instrumente der internationalen humanitären Intervention einer kritischen Überprüfung

standhalten. Petritsch zitierte eine Rede von UNO-Generalsekretär Kofi Annan, in der dieser eine möglichst breite Begriffsbestimmung von Interventionen für notwendig erklärte. In Folge von Globalisierung und steigender Interdependenz sei außerdem die Staatssouveränität einer Überprüfung zu unterziehen. Als besonders wichtigen Punkt der Annan-Rede bezeichnete Petritsch dessen Forderung, dem so genannten civil post conflict management größte Bedeutung beizumessen. Petritsch erläuterte, dass das internationale Engagement in Krisenregionen nach Abschluss der militärischen Interventionen nicht selten rasch versiege. Post conflict management und Prävention, so Petritsch, seien jene Themen, bei denen die Arbeit der Zukunft ansetzen müsse. Abschließend betonte er, dass zur nachhaltigen Bewältigung der Konflikte am Balkan vielseitige Hilfe notwendig sei. Diese müsse sich auch darauf erstrecken, den Ländern der Region beim Aufbau tragfähiger politischer und wirtschaftlicher Strukturen zu helfen. Europa könne und müsse dabei eine aktivere Rolle übernehmen - sowohl im Rahmen von OSZE und UNO als auch in der Region selbst.